

Entwurf eines Bildungspolitischen Sofortprogrammes für die Universitäten Schleswig Holsteins

Ein freiheitliches, sozialverträgliches, nichtselektives Bildungsprogramm hat sich mit mehr auseinanderzusetzen, als mit Symbolfragen. Gesucht ist ein realistischer Entwurf zur „Reform der Reform“. Das Ziel, Bildung für alle Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen, scheitert in Schleswig Holstein nicht an der Symbolfrage nach Studiengebühren. Es sind in allererster Linie die komplexen Details der Bologna-Reformen, die wir – völlig verkürzt – unter dem Begriff „Bachelor-Master zusammenfassen, womit wir den Kern der gesamten Agenda übersehen. Es sind nicht die neuen Abschlüsse, die die Selektion auf raffinierte Art und Weise auf ein neues Niveau der Dreistigkeit treiben. Auch suggeriert der Begriff Bachelor-Master, dass die Reformen nur diejenigen betreffen, die bereits zu den neuen Bedingungen studieren. Übersehen wird dann häufig, dass die gesamte Übergangsphase zu nicht unerheblichen Teilen zu Lasten der Diplom- und Magisterstudierenden sowie der Studierenden auf Staatsexamen geht. Das schlägt sich zum einen nieder im Kursangebot, zum anderen aber in der weitgehend unbekanntem Tatsache, dass Studierende in den alten Studiengängen 2012 vor die Tür gekehrt werden sollen – ob mit oder ohne Abschluss.

Der große ökonomische Missstand besteht auch ohne Studiengebühren. Ist es doch die herbei konstruierte studentische 40-Stunden-Woche – real oftmals über 55 – die Studierenden aus einkommensschwachen Hintergründen, die sich neben dem Studium den Lebensunterhalt verdienen müssen, einen entschiedenen Nachteil gegenüber Bafög-Empfängern oder Studierenden aus wohlhabenden Familien beschert. Zudem sollen in den Ferien noch Praktika absolviert werden, und die sind in der Regel nicht vergütet, und selbst wenn, reicht es nicht, um davon leben zu können. Bafög ist das nächste Thema, welches Hand in Hand mit der durchgeplanten, starren, autoritären Studienstruktur geht. Bachelor heißt, 6 Semester Studium mit einer Klausurdichte, die das dreifache an Prüfungen der alten Studiengänge pro Semester bedeutet. Bachelor und Modularisierung bedeuten, dass die Kurse nur im zwei-Semester-Takt angeboten werden. Das hat zur Folge, dass Studierende bei Klausurmisserfolg – der in Anbetracht der Prüfungswucherung keine Ausnahmeerscheinung ist – nicht ein, sondern zwei Semester verlieren. Und Regelstudienzeit von 6 Semestern bedeuten für Bafög-Empfänger seit 2007 gleichzeitig „Höchstförderdauer“ von 6 Semestern. Sollte es also Verschiebungen geben im Studienverlauf und das Studium verlängert sich so um ein bis zwei Semester, so müssen die Betroffenen zusätzlich noch arbeiten, da ihnen nach 6 Semestern das Bafög und somit die Lebensgrundlage entzogen wird. Die sind aber noch gut dran gegenüber jenen, die nicht einmal mehr diese Möglichkeit der Verlängerung bekommen, da sie 3 Mal in einer Prüfung durchgefallen sind. Und durchgefallen bedeutet nicht immer, anwesend und alles falsch, sondern auch abwesend und der schriftliche Prüfungsrücktritt ist in der Hochschulbürokratie untergegangen. Die werden dann ohne Abschluss vor die Tür gesetzt. Ein weiteres Problem ist der Übergang vom Bachelor in den Master. Die Plätze sind knapp (gehalten) und werden deshalb nach bestimmten Kriterien – meist der Notendurchschnitt im Bachelor, wo ab dem ersten Semester jede Prüfung relevant ist – vergeben. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich der Bachelor mitnichten etabliert. Frage: Was machen all diejenigen, die keinen Masterplatz und keine Arbeitsstellen bekommen?

So viel zum kleinen allgemeinen Überblick über die neue Studienstruktur. Ein Aspekt der Reformagenda verdient es an dieser Stelle, detaillierter aufgeführt zu werden. Es geht um das Punktesystem ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System). Oben wurde die studentische 40-Stunden-Woche angesprochen. Wie lässt sie sich eigentlich messen? Nun, die 40 Stunden setzen sich nicht ausschließlich aus Anwesenheitsstunden zusammen. Die Sache ist viel

perverser. Aber beginnen wir am Anfang. Die Kultusministerkonferenz hat sich zu Beginn der Reformen auf die Formel 1 ECTS = 30 Arbeitsstunden geeinigt. Für Vorlesungen an der Philosophischen Fakultät z.B. gibt es i.d.R. 2,5 ECTS-Punkte, also wird ein Arbeitsaufwand von 75 Stunden im Durchschnitt berechnet. Darin sind die Anwesenheitsstunden einkalkuliert. Für alle, die eine Abschaffung der Anwesenheitspflicht und der lächerlichen Kontrolllisten fordern, die Gewährleistung der Anwesenheit ist obligatorisch für den Erwerb des Zertifikats. Jemand, der nicht die 75 Stunden Arbeitszeit investiert hat, hat die 2,5 ECTS-Punkte nicht verdient, selbst wenn er/sie fachlich alles verstanden hat. Nun nehmen wir an, ein Student X und eine Studentin Y belegen eine Vorlesung „Einführung in Hegels Phänomenologie des Geistes“. Die 2,5 ECTS-Punkte sagen zunächst einmal nichts weiter aus, als dass beide sich im Laufe des Semesters 75 Stunden lang mit dem Mammutwerk eines der größten Denker der Geschichte beschäftigt haben. Sagt das irgend etwas über das Verständnis des Werkes aus? Und ist der Lernfortschritt der beiden kongruent, nur weil sie beide 75 Stunden investiert haben? Nein! Folglich geht es den Machern von ECTS nicht um die Vergleichbarkeit der Leistungen, sondern nur darum, die Arbeitszeit messen zu können. Der Studienverlaufsplan ist dann auch so konstruiert, dass die Studierenden im Semester so viele Arbeitsstunden haben, die, verteilt auf die Wochen des Semesters einen Arbeitsaufwand von durchschnittlich 40 Stunden pro Woche haben. Und warum das ganze? Es wird krampfhaft versucht, das Studium als eine Art Arbeit zu konstruieren, um das Bild des „Wissensarbeiters“, welches die OECD in ihrem Dossier „Die wissensbasierte Wirtschaft“ (1996) gezeichnet hat, in den Köpfen der Studierenden zu zementieren. Das hat mit Leistung überhaupt nichts zu tun. Und mit Bildung noch weniger. Das ist völlig inakzeptabel und gehört abgeschafft, ganz gleich, was die Ideologen dieser Denkschule auch vorbringen mögen.

Eine bittere Ironie der ganzen Geschichte ist der Punkt, dass genau dieses System, welches laut Bologna-Erklärung zur Förderung der Mobilität beitragen sollte, in der Praxis das größte Hindernis von Mobilität ist. Ein Studierender, der „Einführung in die Soziologie“ in Kiel belegt hat, und dafür 4 ECTS-Punkte bekommt, kann sich den Kurs in Hamburg, wo es vielleicht 6 ECTS-Punkte gibt, nicht anrechnen lassen. Selbst wenn der Stoff der Selbe ist.

Ausgehend von den genannten Missständen ergeben sich für ein studentisches Bildungsprogramm zunächst folgende Forderungen:

1. Die Mitbestimmung der Studierenden muss in der Universität gestärkt werden, aber vor allem im Ministerium endlich Einzug finden!
Es geht uns nicht darum, hier alle Forderungen zu stellen, die zu stellen sind. Die Betroffenen aller Fächer müssen zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit haben, die von ihnen als Missstände empfundenen Umstände zur Sprache zu bringen und über Veränderungen mitverhandeln zu können.
2. Die Abschaffung von ECTS als Leistungsaufwandmesser!
Es ist ein Skandal, dass das Studium mittlerweile so degeneriert ist, dass der tatsächliche Lernfortschritt zu Gunsten des Zeitaufwandes im Hintergrund verschwindet. ECTS war seit 1989 ein gutes Medium zur Umrechnung im Ausland erbrachter Leistungen, zumal vor den Bologna-Reformen die Umrechnung wesentlich flexibler von statten ging. So könnten wir alle mit diesem System leben.
3. Ausweitung der Höchstförderdauer des BaföG auf 8 Semester, um Ehrenamtliches Engagement (AstA, StuPa, Fachschaften) zu ermöglichen!
4. Der uneingeschränkte, freie Zugang zum Master für alle, die einen Master machen wollen!